

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

März 2005

**Tschechische Regierung am Ende? –
Christdemokraten verlassen Koalition**

**Die Affäre Gross – ČSSD-Parteitag
bringt neues Ungemach**

Interne Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie

Bürgermeister als Taxijäger

1. Tschechische Regierung am Ende? –

Die beiden größten Koalitionspartner – die Sozialdemokraten (ČSSD) und die Christdemokraten (KDU-ČSL) – konnten sich auch nach dem ČSSD-Parteitag nicht auf eine Lösung der sich zuspitzenden Regierungskrise einigen. Die Sozialdemokraten beharrten darauf, dass ihr Vorsitzender Stanislav Gross Premierminister bleibt. Der Rücktritt von Gross stellte allerdings die Bedingung der KDU-ČSL für den Fortbestand der Koalition dar.

Christdemokraten verlassen Koalition

Daraufhin beschlossen die Christdemokraten den Rückzug ihrer drei Minister aus dem seit 2002 bestehenden Regierungsbündnis. Trotz des Verbleibens der kleinen liberalen Freiheitsunion (US) in der Regierung hat Gross damit seine Mehrheit im Parlament verloren und muss bei einem, von der oppositionellen konservativen ODS initiierten, Misstrauensvotum eine Niederlage be-

fürchten. Sollte der Ministerpräsident wider Erwarten die Vertrauensfrage überstehen, will er bis zu den regulären Wahlen im Juni 2006 mit einer Minderheitsregierung weiter amtieren.

Für den Sturz des Kabinetts wäre eine qualifizierte Mehrheit (101 Stimmen) vonnöten. Die konservativen bürgerlichen Demokraten, die Christdemokraten und die Kommunisten (KSCM) verfügen in der Abgeordnetenversammlung über insgesamt 119 Stimmen. Ob die Kommunisten tatsächlich mit den bürgerlichen Parteien stimmen, ist aber nach wie vor fraglich. Premier Gross und der Parteichef der KSCM, Miroslav Grebeníček, haben sich bereits zu einem Gespräch getroffen. Da innerhalb der KSCM die Regierung unter dem Sozialdemokraten Gross als das kleinere Übel im Verhältnis zu einer ODS-geführten betrachtet wird ist es eher unwahrscheinlich, dass die Kommunisten geschlossen gegen Gross stimmen.

Indessen appellierte Ministerpräsident Gross an die Parteien. Er warb für die Erfüllung des Regierungsprogramms und die Entwicklung der Tschechischen Republik. Er äußerte in einem Brief an die Teilnehmer der gesamtstaatlichen Delegiertenkonferenz der KDU-ČSL die Überzeugung, dass die Sozial- und Christdemokraten ihre Koalitionsverpflichtung gemeinsam erfüllen könnten.

Die Fortsetzung oder Beilegung der Krise wird zunächst vom Ergebnis des Misstrauensvotums abhängen.

2. ČSSD-Parteitag bringt neues Ungemach:

Der wegen undurchsichtiger Immobiliengeschäfte in die Kritik geratene tschechische Premier Stanislav Gross hatte auch nach dem Parteitag der Sozialdemokraten am Osterwochenende einen Rücktritt abgelehnt. Dadurch verringerte Gross aber die Aussicht auf eine Fortsetzung der Koalition mit den Christdemokraten (KDU-ČSL). Nach den Worten des Vorsitzenden der KDU-ČSL, Miroslav Kalousek, bestanden die Christdemokraten auf dem Rücktritt von Ministerpräsident Gross. Für den Fall, dass Gross nicht zurückträte, wollten die Christdemokraten mit ihren Koalitionspartnern über eine möglichst schnelle Durchführung vorgezogener Parlamentswahlen verhandeln. Ziel wäre die Fortsetzung des Bündnisses mit einem „vertrauenswürdigen Ministerpräsidenten“, nicht aber mit Premier Gross. Die kleinste Partei der Regierungskoalition, die Freiheitsunion (US-DEU), lehnt vorgezogene Wahlen hingegen ab. Der Vorsitzende des tschechischen Abgeordnetenhauses, Lubomír Zaorálek (ČSSD), bezeichnete vorgezogene Parlamentswahlen als letzte Möglichkeit zur Lösung der derzeitigen Regierungskrise.

Gross im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt

Der 35 Jahre alte Ministerpräsident Gross war auf dem Parteitag in einer Kampfabstimmung denkbar knapp mit 52,7 Prozent zum Vorsitzenden der ČSSD gewählt worden. Der Regierungschef hatte sich im mährischen Brunn gegen Sozialminister Zdenek Skromach durchgesetzt. Gross hatte das Amt seit dem Rücktritt seines Vorgängers Vladimír Špidla im Juli 2004 kommissarisch inne.

Neuwahlen „ante portas“?

Die oppositionelle ODS kündigte bereits einen Misstrauensantrag gegen die Regierung im Parlament an. Gleichzeitig will die ODS von den Christdemokraten wissen, wie ernst es diesen mit einer Trennung von der ČSSD nun wirklich ist. Denn als Koalitionspartner kommt die KDU- ČSL für die ODS, die in allen Umfragen vorn liegt, durchaus in Frage. Nötig wären dazu allerdings Neuwahlen.

Premier Gross will bis zu den planmäßigen Wahlen im Juni 2006 regieren. Der Parteitag nahm sogar einen Beschluss an, der die Parteileitung auffordert, vorzeitige Neuwahlen zu verhindern. Sollte die Koalition tatsächlich zerfallen und Regierungschef Gross gezwungen sein, eine Minderheitsregierung zu bilden, würde er sich einer Tolerierung durch die Kommunisten nicht widersetzen, sagte er in einem Gespräch für den Tschechischen Rundfunk.

Innerhalb der Sozialdemokraten ist der Wille zur Durchführung von Neuwahlen nicht wirklich erkennbar. Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt würden die sozialdemokratische Fraktion nach Meinungsumfragen erheblich schwächen. Ein noch schlimmeres Schicksal träfe die liberale Freiheitsunion, denn das parlamentarische Aus wäre ihr nach derzeitigem Stimmungsbild so gut wie sicher. Einzig die Christdemokraten könnten auf bessere Zeiten hoffen. Mit einer relativ treuen Stammwählerschaft liegen sie seit Jahren bei ca. zehn Prozent. Doch ob ihre Wähler einen „Königsmord“ belohnen, ist fraglich. Im November 1997 befanden sich die Christdemokraten in einer ähnlichen Situation: Gemeinsam mit bürgerlichen ODS-Vertretern forderten sie den Rücktritt des damaligen Premiers Václav Klaus. Auf Grund dessen musste dieser abtreten – doch die KDU-ČSL war die nächsten vier Jahre in der Opposition.

Gross unter Druck

Mitte März trat der Chef der tschechischen Christdemokraten, Kalousek, vom Posten des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses zurück. Kalousek reagierte mit seinem Rücktritt auf Anschuldigungen, dass seine Ehefrau für eine Wohnung die Schenkungssteuer nicht bezahlt habe. Der KDU-ČSL-Vorsitzende erklärte, sein Schritt wäre u. a. durch die jetzige innenpolitische Lage motiviert worden: Als Vorsitzender einer bedeutenden Partei wäre es nicht seine Pflicht, sich und seinen Posten zu schützen, sondern ungeschriebene Prinzipien der demokratischen Politik. Kalousek bleibt aber Parteichef der Christdemokraten und Mitglied des Haushaltsausschusses.

Im Vorfeld des Parteitages der Sozialdemokraten wollte der Krisengeplagte tschechische Ministerpräsident die kurze Verschnaufpause offensichtlich dazu nutzen, um zur Sachpolitik zurückzukehren. Gross stellte einen „Gesellschaftsvertrag“ vor, in dem alle wichtigen Reformen angesprochen werden, die die Regierung in den verbleibenden 15 Monaten der Legislaturperiode noch angehen will. Folgende Punkte sind enthalten: Die Rentenreform, die Vorbereitung auf die Einführung des Euro, die Gesundheitsreform, die Ratifizierung der EU-Verfassung, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, mehr

Transparenz, ein gerechteres Sozialsystem und die Entwicklung der Wirtschaft.

Kalousek meinte dazu, die Koalitionskrise wäre im Zusammenhang mit undurchsichtigen Geschäften der Familie Gross entstanden, daran änderte auch ein „Gesellschaftsvertrag“ nichts.

An die 60 Hochschulprofessoren der Tschechischen Technischen Hochschule sowie der Tschechischen Akademie der Wissenschaften haben ein Schreiben unterzeichnet, in dem sie den Rücktritt von Ministerpräsident Gross öffentlich fordern. Professor Ladislav Hlavatý von der Technischen Hochschule erklärte im Tschechischen Fernsehen, dass dem Premier vor allem die moralischen Voraussetzungen für die Ausübung eines so hohen Postens fehlten.

Außerdem sind in Prag an ungefähr 30 Stellen großflächige Werbeplakate mit der Aufschrift „Ich schäme mich für meinen Premierminister“ aufgestellt. Die Organisatoren protestieren damit gegen die nach ihrer Ansicht unzureichenden Erklärungen hinsichtlich Gross' Eigentumsverhältnisse.

3. Interne Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie:

Seit sieben Jahren stellen die Sozialdemokraten den Regierungschef und bestimmen die Politik des Landes. Damit ist die ČSSD länger an der Macht als die Klaus-Regierung Mitte der 90er Jahre. Die Partei zählt knapp 16000 Mitglieder, stellt mit 70 von 200 Abgeordneten die größte Fraktion in der ersten Kammer des Parlaments und bis vor einem halben Jahr schien die Koalition mit den Christdemokraten und der Freiheitsunion relativ stabil; trotz der knappen Mehrheit von nur einer Stimme im Plenum.

Seit dem Sommer 2004 erschütterten die Partei mehrere Ereignisse. Nach dem katastrophalen Abschneiden bei den Europawahlen (8,78 %) trat der von Teilen der Partei ungeliebte Ministerpräsident Vladimír Špidla zurück. Als der junge Stanislav Gross (34) dann an die Spitze von Regierung und Partei rückte, besserte sich zwar die Stimmung innerhalb der Tschechischen Republik, nicht aber im Volk. Bei den Kreis- und Senatswahlen im Herbst letzten Jahres blieben die Sozialdemokraten weit hinter den Kommunisten zurück. Seit einigen Wochen brodeln nun die Regierungskrise mit Rücktrittsforderungen an Premier Gross. Intern beschäftigt sich die Partei heute mit der Frage, mit wem sie zusammenarbeiten sollte und wer eigentlich ihre Stammwähler sind. Auch eine mögliche Koalition mit der kommunistischen KSČM wird langfristig zumindest innerhalb der Fraktion nicht mehr ausgeschlossen.

Die tschechischen Sozialdemokraten sind keine völlig geschlossene Partei. Während der eine Flügel nostalgisch auf die Zeiten unter Ministerpräsident Miloš Zeman zurückblickt und zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten neigt, versucht sich der andere Flügel eher mit „moderner Sozialdemokratie“ und orientiert sich an Politikern wie Tony Blair oder Gerhard Schröder. Am deutlichsten zeigt sich die Spaltung der Partei im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, z. B. zum Thema Steuersenkungen oder die Einführung von Studiengebühren angeht. Die Partei ist nicht darauf vorbereitet,

dass der Sozialstaat reformiert werden muss, denn auch in Tschechien erreichte das Staatsdefizit in den vergangenen Jahren Rekordhöhen.

So hätte die Tschechische Republik eigentlich schon reichlich Probleme, wenn sich nicht von Zeit zu Zeit der umstrittene und antideutsche Ressentiments pflegende Ex-Premier Zeman aus seinem Rentendomizil melden würde. In seinen jüngst veröffentlichten Memoiren rechnet er gnadenlos mit ehemaligen politischen Gegnern ab, allen voran Regierungschef Gross und EU-Kommissar Špidla. Ersterer sei ungebildet und einfach dumm und letzterer hätte in seinem Amt einen Fehler nach dem anderen gemacht und sich mit einem Team umgeben, das den „Abraum der tschechischen Politik“ repräsentiere. Zeman kann sich immer noch auf zahlreiche Anhänger in seiner Partei verlassen.

Die Affäre Gross – ein Erfolg für die Medien?

Wie so oft bei politischen Affären brachte auch hier ein Zeitungsartikel der „Mlada fronta dnes“ den Stein ins Rollen. Die Krise wirft aber auch Fragen nach der Stellung der Medien, der Entwicklung der Bürgergesellschaft und der Situation für die Demokratie im Allgemeinen auf. Ein Erfolg für die Bürgergesellschaft ist nach Meinung von Journalisten vor allem, dass es zum ersten Mal dazu gekommen ist, dass politische Fehler zugegeben und zumindest minimale Verantwortung übernommen wurde. Außerdem ist der Druck der Öffentlichkeit und die Arbeit der Medien in diesem Kontext beispielhaft. Dass sich die gesamte politische und mediale Szene mit dem Verstoß eines einzelnen Politikers beschäftigt, hat es in dieser Form in der Tschechischen Republik noch nicht gegeben. Allerdings wird bemängelt, dass die tschechischen Medien auf Grund personeller und finanzieller Mängel nicht dazu in der Lage sind, bei der Aufklärung von Affären eine langfristig angelegte investigative Arbeit zu vollbringen. Aber gerade an diesem Punkt kommt den Medien als der „vierten Gewalt“ und als politische Kontrollinstanz entscheidende Bedeutung in einem demokratischen Gemeinwesen zu. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Medienlandschaft in der Tschechischen Republik in Zukunft entwickeln wird. Die allgemeine Tendenz zum Sensationsjournalismus und die oft bemängelte unzureichende qualitative Ausbildung von Journalisten trägt durchaus die Gefahr in sich, der demokratietheoretischen Rolle nicht gerecht zu werden.

Der Politikwissenschaftler Bohumil Dolezal zieht eine kritische Zwischenbilanz. Er ist der Ansicht, dass die derzeitige Situation „unerträglich für die Demokratie“ ist. Die Menschen hörten auf, an sie zu glauben: es verändere sich nichts und sich öffentlich zu engagieren hätte demnach auch keinen Sinn. Des Weiteren weist er auf das „Damoklesschwert“ einer möglichen sozialistisch-kommunistischen Koalition hin, in der die Sozialdemokraten am kürzeren Ende der Leine säßen. Inwieweit die Affäre Gross tatsächlich Auswirkungen auf die Entwicklung der Bürgergesellschaft hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Fest steht allerdings, dass politische Krisen, ausgelöst durch moralisches Fehlverhalten, selten positiv zur gesellschaftlichen und politischen Kultur beitragen.

4. Bürgermeister als Taxijäger:

Dass sich Touristen oft mit flauem Gefühl um die Sicherheit ihres abgestellten Wagens sorgen oder dass gerade ausländische Besucher bei der Beförderung mit einem Taxi nicht selten betrogen werden, ist hinlänglich bekannt. Dennoch hat sich dahingehend in den vergangenen Jahren einiges zum Positiven gewandelt: Die Prager Stadtpolizei führt umfangreiche Kontrollen durch und der Bußgeldkatalog für unehrliche Taxifahrer ist kräftig erhöht worden.

Die Kontrollen, die das Ziel haben, die schwarzen Schafe unter den „Chauffeuren“ zur moralischen Verantwortung zu ziehen, scheinen auch schon gewisse Erfolge zu zeitigen. Hatten zu deren Beginn noch ca. 80 Prozent der Kontrollierten gegen die Vorschriften verstoßen, so konnte die Quote recht schnell auf 25 Prozent gesenkt werden. Dennoch ist bei der Beförderung ausländischer Gäste die Berechnung eines um mehrere 100% erhöhten Beförderungsentgeltes die Regel.

Angesichts der immer noch unzähligen Klagen über „raffgierige“ Taxifahrer verkleidete sich der Bürgermeister der tschechischen Hauptstadt, Pavel Bem, als Tourist und machte, englisch sprechend, Jagd auf unehrliche Mitglieder der Taxigilde. Zweimal ließ sich Bem „kutschieren“, zweimal berechnete man ihm erheblich überhöhte Entgelte. In einem Fall sollte er das Sechsfache des normalen Preises bezahlen. Statt der üblichen 130 Kronen für die Kurzstrecke in der Prager Altstadt sollte Bem 785 Kronen hinblättern. Den Bürgermeister erboste dies derart, dass er den Fall strikt ahnden ließ. Außerdem kündigte er an, dass sich die Prager „Kutscher“ darauf gefasst machen können, in Zukunft verstärkt von, als Touristen verkleideten, Controllen heimgesucht zu werden.

Prag, den 01.04.2005

Dr. Gehrold
(Außenstellenleiter)

Andreas Lammert